

II- 9181 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4617/J

1989 -11- 29

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Müller, Strobl, Weinberger
und Genossen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend sittenwidrige Gründung Offener Handelsgesellschaften

Die Firma "Anton Juen, Türenerzeugungs-Gesellschaft m.b.H.", vertreten durch den Geschäftsführer Anton Juen, hat mit insgesamt 20 türkischen und jugoslawischen Staatsbürgern und darüberhinaus mit einer den Anfragestellern nicht genau bekannten Zahl polnischer Staatsangehöriger Gesellschaftsverträge über die Errichtung Offener Handelsgesellschaften mit Sitz in 6521 Fließ/Tirol abgeschlossen.

Jeder Gesellschafter ausländischer Herkunft mußte eine Bareinlage von S 15.000,- einbringen.

Nach dem Gesellschaftsvertrag wird der Gewinn auf die Gesellschafter im Verhältnis der Gründungsbeträge aufgeteilt; im selben Verhältnis nehmen die Gesellschafter an einem allfälligen Verlust teil.

Ziel dieser Gesellschaftsverträge ist es offensichtlich, die Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes zu umgehen. Darüberhinaus werden durch diese Rechtskonstruktion alle arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen unterlaufen, die im Interesse des Schutzes der Arbeitnehmer erlassen wurden.

Den unterzeichneten Abgeordneten ist bekannt, daß die Gesellschafter zwar weit über das bei Arbeitnehmern übliche Maß hinaus Arbeitsleistungen erbringen, diese aber nur in bescheidenem finanziellen Ausmaß abgegolten werden. Selbstverständlich steht ihnen keinerlei Einfluß auf wirtschaftliche Dispositionen des Betriebes zu.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten nachstehende

A n f r a g e:

1. Wie beurteilen Sie die Gründung von Gesellschaften, die offensichtlich zum ausschließlichen Zweck erfolgen, Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie arbeits- und sozialrechtliche Bestimmungen zu umgehen?
2. Sehen Sie darin einen unlauteren Wettbewerb gegenüber jenen Unternehmen, die die einschlägigen Arbeits- und Sozialgesetze einhalten?
3. Sind Sie bereit, gewerberechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um eine derart sittenwidrige Umgehung der Gesetze zu unterbinden?